

Evangelische Verantwortung

Politik der Mitte braucht feste Grundsätze

Warum das christliche Menschenbild heute unvermindert aktuell ist

Christoph Böhr

Der Politik wird oft der Vorwurf gemacht, ihre Wertbindung zu vergessen und medienwirksame Umtriebigkeit der Treue zu verlässlichen Maßstäben vorzuziehen. Auch eine Partei, die seit ihrem Bestehen das christliche Menschenbild zur Grundlage ihrer Entscheidungen gemacht hat, ist vor solchen Verführungen nicht befreit. Die eigene Programmatik ist vom Vergessen bedroht, sobald sie nicht gepflegt und lebendig gehalten wird. Umso wichtiger ist es, den Maßstab politischer Entscheidungen sich selbst immer wieder bewusst zu machen und mit Leben zu füllen.

Aus diesem Grund hat sich die Wertekommission der CDU Deutschlands der Aufgabe gestellt, die Bedeutung des christlichen Menschenbildes für die brennenden politischen Fragen der Gegenwart neu herauszuarbeiten. Dabei sind wir zu einem klaren Ergebnis gekommen: Das christliche Menschenbild hat auch für die Politik im 21. Jahrhundert nichts von seiner Leuchtkraft verloren, sondern bietet weiterhin eine verlässliche und notwendige Orientierung. Die Grundlage der Programmatik christlicher Demokratie ist so aktuell wie je – gerade auch wegen seiner Überzeugungskraft in Gesellschaften, die von Säkularisierungstendenzen gezeichnet sind.



Nur durch das klare Bekenntnis an unserer Verantwortung vor Gott gelingt eine Abgrenzung von Ideologien der Machbarkeit.

Die Bedeutung des christlichen Menschenbildes in der modernen Gesellschaft erklärt sich nicht ein für alle mal, sondern muss immer wieder neu erläutert werden. So bedarf es der ständigen Erinnerung, das Freiheit und Verantwortung im Einklang miteinander stehen und wechselseitig aufeinander verweisen. Reformen dürfen nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten, sondern müssen vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes über-

legt und bedacht werden. Und angesichts der zwiespältigen Möglichkeiten der Gentechnologie kommt der Schutz der Würde des Menschen auch in Zukunft eine ungeteilte Bedeutung zu, wie dies für die besondere Stellung der Familie in einer immer undurchschaubarer gewordenen und nach Haltepunkten suchenden Gesellschaft gilt.

Jedes politische Program gründet in Annahmen, die sich auf ein bestimmtes Bild vom Menschen beziehen. Unser jetzt neu in Erinnerung gerufenes christliches Menschenbild ist keine Fußnote im Parteiprogramm der Union, sondern Dreh- und Angelpunkt unseres politischen Denkens – und hat somit unmittelbare Auswirkungen auf unsere politischen Antworten. Im Folgenden möchte ich diesen Zusammenhang an drei konkreten Politikfeldern deutlich machen: Der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Familienpolitik, sowie der Bildungspolitik. In allen drei Feldern der politischen Diskussion zeigt sich beispielhaft die Bedeutung des christlichen Menschenbildes als Scheidemünze der Politik.

Themen:

Editorial	3
Radio Paradiso	4
Evangeliums-Rundfunk	6
Offene Kirche	8
39. Bundestagung	14

1. Wettbewerb und Verantwortung

Unsere Gesellschaft erlebt heute tiefgreifende Veränderungen. Deutschland braucht Reformen – aber nicht irgendwelche, sondern Reformen, die auf den Wertentscheidungen und innerhalb des Ordnungsrahmens der Sozialen Marktwirtschaft stehen. Nicht nur die Zahl von 4,3 Millionen Arbeitslosen, sondern vor allem das menschliche Schicksal jedes einzelnen Arbeitssuchenden ermahnt uns, den Arbeitsmarkt zu öffnen und – Anreize zu schaffen, die dazu führen, dass sich gesellschaftliche Zusammenarbeit und persönliche Eigenverantwortung in ihrer wechselseitigen Zuordnung entfalten können. Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf **Wettbewerb**, um Wohlstand für alle zu schaffen. Dazu gehört ein Klima, das **Unternehmergeist** weckt und die **Bereitschaft zur Verantwortung** – auch die Bereitschaft zu **Risiko** – fördert. Wer diese Verantwortung will, darf sie nicht durch Bürokratie ersticken oder durch Steuervorschriften lähmen.

Eine am christlichen Menschenbild orientierte Politik schafft Freiräume – und sie wird zugleich darauf achten, Chancen und Risiken in der Gesellschaft gleichmäßig zu verteilen. Das Bemühen um soziale Gerechtigkeit muss deshalb die **Generationengerechtigkeit** im Blick auf Familien mit Kindern als eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft begreifen.

Wer dem Schwachen helfen will, wieder auf die Beine zu kommen, muss nicht nur die Verantwortung des Einzelnen, sondern auch die Aufgaben der Solidargemeinschaft bestimmen. Wird aber die Verpflichtung zur Solidarität missverstanden, dann führt das notwendig zum Missbrauch und zur Aushöhlung des Sozialstaates – wie wir es nicht erst heute erleben. Die weit verbreitete Bereitschaft, den Sozialstaat zu einem ausufernden Wohlfahrts- und Fürsorgestaat werden zu lassen, wird der Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des Menschen nicht gerecht. Eine Politik, die sich am christlichen Menschenbild orientiert, wird die **Spannung zwischen Individualität und Solidarität** für die Entwicklung einer Gesellschaft immer wieder fruchtbar machen.

Wir plädieren für ein Verständnis sozialer Gerechtigkeit, das die Freiheit des Menschen achtet und fordert, und gerade so seine Selbstverantwortung ernst nimmt. Das Solidaritätsprinzip – und damit unterscheidet sich unser Konzept auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes von anderen Deutungen – wird nur durch das **Subsidiaritätsprinzip** richtig verstanden. Der subsidiär gegliederte Sozialstaat ist weniger eine bürokratische Umverteilungsmaschine als vielmehr das Ergebnis gelebter und verantworteter Solidarität. Wer dem Prinzip der Subsidiarität folgt, verliert nie die Achtung vor den gewachsenen Lebensbezügen der Menschen, geschweige denn sucht er diese zu zerstören, um eine „neue“ Gesellschaft nach den Vorgaben einer politischen Ideologie zu bauen.

2. Ehe und Familie

Bindungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft sind die keineswegs selbstverständlichen Voraussetzungen einer Gesellschaft, die sich selbst auf Wertmaßstäbe verpflichtet weiß. Sie erwachsen aus konkreten Lebensbezügen, entwickeln sich auf der Grundlage persönlicher Erfahrungen in Familie und Partnerschaft. Die freie Entscheidung für einen Partner und für eine auf Dauer in Treue angelegte Beziehung, die Entscheidung für die unkündbare Beziehung zu einem Kind sind Wesenselemente von Ehe und Familie, die damit **„Schule der Demokratie“** und bleibend **„wertvolle“** Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft sind. Sie zu stärken ist die vorrangige Aufgabe christlich demokratischer Politik.

Die Notwendigkeit dazu ist da: In Umfragen geben junge Menschen regelmäßig an, dass Ehe und Familie in ihrer Lebensplanung hohe Bedeutung haben. Bei der Umsetzung dieser Pläne und Wünsche treten allerdings schnell Schwierigkeiten auf: Ehen, die als auf Dauer angelegte Paarbeziehungen eingegangen wurden, zerbrechen immer öfter, die Scheidungszahlen steigen. Und die Geburtenzahlen sprechen eine ebenso deutliche wie besorgniserregende Sprache.

Christlich demokratischer Familien- und Gesellschaftspolitik kann dies nicht

gleichgültig sein. Ihr Ziel ist es, Menschen, die sich für ein Leben in Ehe und Familie entschieden haben, die gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu sichern, diese Entscheidung durchhalten zu können.

Dazu gehört die bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ebenso wie die tatsächliche **Gleichberechtigung von Mann und Frau** in Ehe und Familie. Und dazu gehört auch mehr **finanzielle Gerechtigkeit für Familien**. Denn in Ehe und Familie erbringen Menschen Leistungen, die nicht nur ihren Angehörigen, sondern der Gesellschaft insgesamt zugute kommen. Leistungsanerkennung, nicht Nachteilsausgleich steht daher am Anfang unserer Familienpolitik. Nur auf diese Weise kann Politik für die Familie ihrem Ziel gerecht werden.

3. Bildung: Teilhabe an Lebenssinn

Über Bildung wird seit der **PISA-Studie** viel diskutiert – aber auch richtig? Bei Bildung geht es um mehr als um Ausbildung. Bildung ist kulturelle Teilhabe, beinhaltet die Schärfung der Urteilskraft und die Fähigkeit zum Selbstdenken. Bildung zielt auf das **„sittliche Subjekt“** und auf die Fähigkeit, sich selbst und sein eigenes Leben auf Sinn hin zu entwerfen. Daher kommt dem kulturellen, allgemein bildenden, auf Vermittlung von Grundwerten, Tugenden und Sinnkonzepten angelegten Auftrag von Bildung Vorrang vor reiner Berufsbefähigung zu: Die Bildung der Persönlichkeit und ihrer Anlagen steht im Mittelpunkt der Erziehung.

Dabei spielt der **Religionsunterricht** eine große Rolle, der auch weiterhin als Fach an allen Schulformen gemäß der Entscheidung unseres Grundgesetzes zu verankern ist. Sein Bildungsauftrag kann durch Ersatzfächer wie Ethik oder Philosophie nicht erfüllt werden. Religiöses Wissen und christliche Überzeugungen sind und bleiben unverzichtbare Grundlage für die Teilhabe an der abendländischen Kultur.

Das schließt das Gespräch mit anderen Religionen nicht aus – im Gegenteil. Aber **Toleranz setzt immer einen eigenen**

Fortsetzung Seite 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

als ich in meiner Einladung zum 50-jährigen Bestehen des EAK schrieb: „Lassen Sie uns diesen Anlass zu einem Fest protestantischen Bekenntnisses in der CDU/CSU werden“ wusste ich selbst noch nicht, dass der 16. März 2002 diesen Wunsch über alle Maßen erfüllen sollte. Weit über 2000 Menschen kamen in die überfüllte Siegerlandhalle, um beim Festakt mit dabei zu sein. Insgesamt hatten sich über 3000 Interessierte angemeldet.

In der Siegerlandhalle begrüßte ich die Parteivorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, den Bundespräsidenten a. D. Roman Herzog, den Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl, sowie den Ratsvorsitzenden der EKD, Manfred Kock. Neben diesen konnte ich noch viele andere Vertreter aus Politik und Kirche als Redner und Gäste willkommen heißen.

Vor dem Festakt trafen wir uns in der Haardter Kirche zum Gottesdienst. Die größte Kirche Südwestfalens bot weit über 1000 Gottesdienstteilnehmern Platz. Es war ein beeindruckender Gottesdienst. Der Präses von Westfalen, Manfred Sorg, predigte über das Jeremiawort: „Suchet der Stadt Bestes!“ Er rief die Christen zu politischer Verantwortung auf: „Entzieht Euch als Christinnen und Christen nicht dem Auftrag, die gesellschaftliche Ordnung aktiv mitzugestalten und aus christlichen Grundsätzen zu handeln. Träumt euch nicht weg in eine Nische, in der es sich behaglich leben ließe, sondern nehmt das Risiko auf euch, euch einzumischen.“

Beim Festakt in der Siegerlandhalle wies ich auf die ursprünglichen Ziele des EAK hin:

1. Es sollte ein klares Signal den evangelischen Christen in Deutschland gegeben werden. Dieses hieß; die politische Union aus katholischen und evangelischen Christen in der CDU ist Realität. Die Protestanten in Deutschland haben eine politische Heimat in der Christdemokratie.
2. Das protestantische Vorurteil gegen die katholische CDU sollte ein für alle mal beseitigt werden und um diesem Vorurteil zu entgegnen, sollte der EAK viele Protestanten für die Politik der Union gewinnen.
3. Der Dialog mit der Evangelischen Kirche sollte durch den Evangelischen Arbeitskreis intensiviert und verbessert werden. Der EAK sollte als Brücke dienen, um Dialog und Begegnung zwischen Kirche und Politik zu fördern.
4. Der EAK sollte auch in die Union hineinwirken, um evangelischem Gedankengut in der Partei Raum zu geben.

„Diesen Themenbereichen“, so sagte ich „ist der EAK in den letzten 50 Jahren gerecht geworden.“ Allein dem EAK ist es zu verdan-

ken, dass das „Band der Kommunikation“ zur Evangelischen Kirche in Deutschland nie abgerissen ist. Dies wurde auch von den Kirchenvertretern hervorgehoben.

Roman Herzog drückte im ersten Satz seiner Festansprache das aus, was alle an diesem Tag fühlten: „Es ist ein unglaubliches Erlebnis! Die Älteren von Ihnen werden wissen, dass ich eine ganze Reihe von Jahren im Evangelischen Arbeitskreis im Bundesvorstand und dann als Bundesvorsitzender mitgearbeitet habe. Aber so einen Saal wie hier, voller Menschen, voller motivierter Menschen, habe ich nie erlebt, obwohl unsere Veranstaltungen seinerzeit auch nicht unterbesucht waren.“

Kein Zweifel, der EAK erfährt Aufwind. Der Wunsch nach christlicher Werteorientierung in der Gesellschaft allgemein, aber vor allem bei den Mitgliedern der CDU/CSU ist wieder deutlich spürbarer geworden. Vorbei sind die Zeiten, als manche sich einbildeten, dass das „C“ in der Partei reine Ornamentik wäre. Vorbei auch die Angst, dass eine zunehmende Säkularisierung das „C“ in Frage stellen könnte.

Wertebestimmtheit setzt sich gegen Beliebigkeit durch! Das gilt auch im politischen Spektrum. Das „C“ ist und bleibt ein wichtiges Entscheidungskriterium für diejenigen, die in der Union Parteimitglied sind und für diejenigen, die es werden wollen.

Seit 1952 glänzt dieses „C“ im Unionsnamen nun auch noch deutlicher im protestantischen Sinne, und es wird durch die „Gedankenschmiede“ EAK immer wieder neu interpretiert und für die aktuelle Politik fruchtbar gemacht. Diese Eigenschaft des EAK hob die Parteivorsitzende Angela Merkel bei ihrer Ansprache hervor: „Und dass es deshalb eine Organisation gibt, die sagt: ‚Wir wollen Tradition bewahren, aber wir sind auch bereit, in protestantischer Tradition quer zu denken‘, das halte ich für eine der großen Leistungen des EAK.“

Der Ratsvorsitzende, Manfred Kock, beglückwünschte die Unionsparteien zu dieser „evangelischen Profilkante“.

Helmut Kohl kam in seinem Grußwort zu der Feststellung: „Ich glaube, man kann heute, 50 Jahre danach, sagen, dass der EAK in den fünf Jahrzehnten seines Bestehens die Wertmaßstäbe, nach denen er angetreten ist, und die Wurzeln, die er pflegte und forttragen will, immer wieder hochgehalten hat, und damit hat er unserer Partei, und ich sage jetzt bewusst ohne Übertreibung auch unserem Land, einen großen Dienst erwiesen.“

Roman Herzog lenkte zum Abschluss der Veranstaltung die Gedanken auf den Dialog der



Kulturen und damit auf ein Aufgabenfeld, das er dem EAK ans Herz legte. „Die Kräfte, die in der Welt entstanden sind: Der Islam, der Hinduismus etc., die werden uns fragen, was glaubt ihr eigentlich?“

Auf diese Fragen muss die CDU/CSU stärker als bisher vorbereitet sein. Eine Antwort, die nur das Wort „Freiheit“ kennt, wird nach der Einschätzung von Roman Herzog jedenfalls nicht ausreichen. Der EAK muss die Bedeutung des christlichen Bekenntnisses für das politische Handeln der Union deshalb auch in Zukunft deutlich benennen. Gäste und Redner kamen in der Hoffnung überein, dass der EAK auch in Zukunft „das gute Gewissen“ der Partei bleiben möge.

Diesen „Auftrag“, den Roman Herzog dem EAK an die Hand gegeben hat, wollen wir bald möglichst umsetzen. Schon in Würzburg, bei unserer 39. Bundestagung, wollen wir das Thema: „Gerechtigkeit gestalten“ bedenken. Ich hoffe, dass wir als EAK dem Kanzlerkandidaten von CDU und CSU, Dr. Edmund Stoiber, einen würdigen Rahmen auf unserer Bundestagung bieten. Im Congress Centrum Würzburg, dem das Maritimhotel angeschlossen ist, gibt es den „Franconia-Saal“. 1500 Freunden des EAK bietet er Platz. Die Erfahrung lehrt. Melden Sie sich bald an!

Ich würde mich freuen, wenn wir auch in Würzburg signalisieren könnten, dass die evangelische Kraft in den Unionsparteien ein starker Faktor ist. Ich freue mich auf Ihr Kommen, bis bald in Würzburg,

Ihr


Jochen Borchert, MdB
 Bundesvorsitzender des EAK

Fortsetzung von Seite 2

Standpunkt voraus. Die heute weit verbreitete Verkürzung der religiösen Grundbildung auf soziokundliche oder politische Themen oder auf nur religionskundliche Ersatzangebote (LER) greifen daher zu kurz und fördern nur einen immer weiter umsich greifenden „religiösen Analphabetismus“.

Bei all dem dürfen unsere Bildungseinrichtungen aber nicht die Vermittlung von grundlegendem Wissen und Lern-techniken vergessen. Das schlechte Abschneiden deutscher Schüler bei der internationalen PISA-Studie hat diese Notwendigkeit sehr deutlich gemacht. Eine Ursache ist unser auf Gleichheit ausgerichtetes Bildungssystem, das jedoch nur die Illusion gleicher Ergebnisse nährt. Denn Gleichheit bezieht sich nicht auf die Begabung, auf die Leistungsfähigkeit oder die Neigungen einzelner Schüler, sondern auf persönliche Förderung von leistungsstarken und leistungsschwächeren Schülern.

Daraus leitet sich notwendig ein Bekenntnis zum Leistungsprinzip und zu einem gegliederten, leistungsgerechten Schulwesen ab.

Politik der Mitte braucht feste Maßstäbe

Die CDU setzt mit dem christlichen Menschenbild Maßstäbe für die eigene Politik – Maßstäbe aber auch, die sie im Wettbewerb von anderen Parteien unterscheidet. Die Aktualität, die das christliche Menschenbild für uns hat, unterscheidet uns deutlich von all jenen, die beispielsweise beim Thema Gentechnik lediglich auf neue Arbeitsplätze verweisen oder gegen das Ehegattensplitting im Steuerrecht kämpfen und damit zeigen, wie weit sie sich von Ehe und Familie als Leitbild für unsere Gesellschaft entfernt haben.

Das christliche Menschenbild sorgt für Konturen. Darüber hinaus ist es die Grundlage einer an Inhalten und Überzeugungen ausgerichteten Politik der Mitte: Als große Volkspartei der Mitte wendet sich die CDU gegen irrliehrende Kurzatmigkeit in der Politik einerseits und gegen jede Form menschen-

verachtender Politik andererseits. Nur durch das klare Bekenntnis zu unserer Verantwortung vor Gott gelingt eine Abgrenzung von Ideologien der Machbarkeit ebenso wie von ersatzreligiösen Mythen. Jenseits aller politisch-taktischen Finessen ist das die tiefere Bedeutung der politischen Mitte: Sie ist ablehnend gegenüber allen Versuchen, den Menschen entweder zu vergöttlichen oder zu verdinglichen. **Der Mensch darf niemals nur Mittel zum**

Zweck sein. An diesem hohen Maßstab muss sich jede politische Entscheidung messen lassen.

Anm.:

Christoph Böhr ist Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz. Unter seiner Leitung hat die Wertekommission der CDU Deutschlands das Diskussionspapier „Die neue Aktualität des christlichen Menschenbildes“ erarbeitet.

Ein christlicher Sender rettet Berliner Ehen

Aktion von Radio Paradiso musste wegen des unerwarteten Ansturms abgebrochen werden

Matthias Gülzow

„Wir geben Ihrer Liebe eine neue Chance“, so nannten wir im vergangenen Herbst unsere Höreraktion. Als christlicher UKW-Sender in der deutschen Hauptstadt wollten wir uns schlicht nicht damit abfinden, dass in Berlin fast jede zweite Ehe wieder geschieden wird. Mit der Rückendeckung der evangelischen Beratungsstellen (in Berlin übrigens in evangelisch-freikirchlicher Hand) wagten wir uns an das heikle Thema und wollten Paaren im Scheidungsprozess einen Anstoß geben, ihrer Ehe doch noch mit der Unterstützung von qualifizierten Therapeuten eine Chance zu geben. In guter kirchlicher Tradition meldeten sich sogleich die (zumeist hauptamtlichen) Bedenken-träger zu Wort: Man darf doch Paaren, die glücklich in Scheidung leben, kein schlechtes Gewissen machen.

Wir aber meinten: Der Verkürzung machen wir Journalisten uns täglich schuldig, das gehört zum Beruf – und ein klarer Standpunkt ist in der Medienrealität unerlässlich. Alles andere geht einfach im lauten Geschrei auf dem Marktplatz unter.

Unsere eigenen Bedenken waren andere: Halten wir unser Versprechen, wenn wir sagen: „Wir geben Ihrer



In guter kirchlicher Tradition meldeten sich sogleich die (zumeist hauptamtlichen) Bedenken-träger zu Wort.

Liebe eine neue Chance“? Machen wir nicht nur einfache Öffentlichkeitsarbeit für die Beratungsstellen, die ohnehin jeder kennt? Aber dann überschlugen sich praktisch sofort nach dem Start der Aktion die Ereignisse und lehrten uns wichtige Dinge.

1. Die Bindung der Hörerinnen und Hörer und das Vertrauen in „Ihren Radiosender“ ist sehr stark. Praktisch allen Anrufenden war klar,

dass wir sie weitervermitteln würden. Aber sie selbst und auch die jeweiligen Partner brauchten den Anstoß von außen, um noch einmal aufeinander zuzugehen.

- Die häufigsten Ursachen für die anstehenden Trennungen sind nicht dramatische Entwicklungen oder leidenschaftliche Affären, sondern die **mangelnde Pflege der Liebe im Alltag**. Wenn der Druck auf die Ehepartner durch berufliche oder familiäre Belastungen zunimmt, wird das nicht durch größere Nähe der Partner ausgeglichen, sondern führt meist zu mehr Distanz. Jede starke Beziehung kann solche Belastungen eine Zeit lang aushalten. Dauert der Ausnahmezustand zu lange, entsteht häufig ein Schaden in der Beziehung, den die Partner selber nicht reparieren können.
- Der Bedarf für Paarberatung ist ungeheuer groß. Viel zu viele Paare scheuen den Schritt über die Schwelle in eine Beratung, die sie doch so dringend bräuchten. Schon nach 3 Wochen meldeten alle evangelischen Beratungsstellen Berlins Land unter. Wir vermittelten Paare dann in die Beratungsstellen der Caritas, des Roten Kreuzes, der SOS-Kinderdörfer und der öffentlichen Hand. Nach 6 Wochen und ca. 1500 Paaren mussten wir die Aktion abbrechen. Alle Beratungsstellen der Stadt waren auf so lange Zeit ausgebucht, dass wir einfach niemandem mehr Hoffnung machen konnten, in den folgenden Wochen in eine Beratung zu kommen. In Zusammenarbeit mit der evangelischen Telefonseelsorge konnten wir zumindest noch provisorisch ein telefonisches Seelsorgeangebot auch weiterhin anbieten, um Ratsuchende nicht ganz allein zu lassen.

Fazit: Natürlich haben wir nicht alle 1500 Ehen gerettet. Wir haben die Beratungsprozesse auch nicht systematisch verfolgt, das verbietet sich auch durch die therapeutische Vertraulichkeit. In vielen Fällen wird aber durch die therapeutische Begleitung wenigstens der besonders für die Scheidungskinder belastende Rosenkrieg vermieden worden sein. Die



zum Teil ergreifenden Beispiele von Partnern, die wieder aufeinander zugehen und bereit waren, davon auf dem Sender zu berichten, haben wiederum vielen anderen Paaren Mut gemacht, es noch einmal miteinander zu versuchen.

Christliche Radios in Deutschland

Neben dem Engagement der Kirchen im öffentlich-rechtlichen und dem privaten Hörfunk in Deutschland gibt es mittlerweile eine Reihe eigener christlicher Hörfunkprogramme.

Seit 1959 existiert in Wetzlar der Evangeliumsrundfunk. Er sendet in Deutschland auf Mittelwelle und per Satellit. Das katholische „Radio Radio“ Horeb aus Immenstadt gehört zur italienischen „Radio Maria“-Kette und sendet seit Dezember 1996 per Satellit und in einigen Kabelnetzen. Ebenfalls im Dezember 1996 startete das ebenfalls katholische „Radio Campanile“ in Ludwigshafen per Satellit, musste aber 1998 den Betrieb wegen fehlender Mittel wieder einstellen. Diese Sorgen hat das Kölner Domradio nicht: Den Betrieb finanziert das Erzbistum Köln seit Sendestart Pfingsten 2000. Alle diese Sender unterscheiden sich von dem **ökumenischen Radio Paradiso** in Berlin durch ein wesentliches Merkmal: Sie haben ein Finanzkonzept, das auf Spenden oder Zuschüssen beruht. Die Mittel müssen nicht durch das Programm erwirtschaftet werden. Einzige

Ausnahme in Deutschland ist „Radio Paradiso“: **Ausgerechnet auf dem härtesten Radiomarkt Europas und in der am stärksten säkularisierten Region Deutschlands muss sich der Sender ausschließlich durch Werbeeinnahmen (Klassische Werbespots und Sponsoring) finanzieren.** Einzig „Radio Paradiso“ hat unter den christlichen Sendern eine eigene 24-Stunden UKW-Hörfunkfrequenz, was einen wirtschaftlichen Betrieb erst möglich macht.

Die Geschichte von Radio Paradiso

Radio Paradiso ist aus der Privatfunkarbeit der evangelischen Kirchen entstanden. Seit Beginn des privaten Hörfunks in Deutschland setzen die Kirchen nicht nur auf Andachten wie im öffentlich-rechtlichen Hörfunk. Es wurden die kirchlichen Anliegen in allen üblichen journalistischen Formen umgesetzt: Durch Live-Sendungen, Beiträge, Hörspiele und Höreraktionen. Und immer war die Vorstellung: Irgendwann machen wir einen eigenen Sender. 1996 dann ergriff der Direktor des Evangelischen Presseverbandes Nord aus Kiel, Rainer Thun, die Initiative und bewarb sich um die in Berlin ausgeschriebene UKW-Hörfunkfrequenz. Gesellschafter des Senders waren etwa 25 Organisationen aus dem kirchlich-diakonischen Bereich, darunter auch einige Landeskirchen und von Anbeginn auch Freikirchen. Bis heute gibt es trotz intensiver Bemühungen keine katholische Beteiligung auf gesellschaftlicher Ebene.

Anfangs sah das Finanzkonzept noch eine Mischfinanzierung aus Spenden, Zuschüssen und Werbeeinnahmen vor. Mit 21 journalistischen Mitarbeitern wurde ein inhaltlich anspruchsvolles und vergleichsweise aufwendiges Programm erstellt, was hohe Kosten nach sich zog. Das finanzielle Mischkonzept führte dazu, dass weder Spenden noch Werbung effektiv akquiriert werden konnten. Im November 1998 musste daher der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt werden. Dies konnte aber durch einen außergerichtlichen Vergleich abgewendet werden. Seither nun wurde ein konsequent wirtschaftlicher Kurs verfolgt. 7 Mitarbeiter machen das Programm, den Verkauf von Werbezeiten betreiben 8 Mitarbeiter – mit Erfolg: Seit 2000 trägt sich der Sender selbst. 210.000 Menschen hören täglich das Programm, die Tendenz ist weiter steigend.

Das Programm von Radio Paradiso

Ganz in der Tradition der evangelischen Publizistik geht es bei Radio Paradiso nicht um die Inszenierung der Kirche als Institution, sondern um die **Stärkung der Selbstverständlichkeit der christlichen Werte in unserer Gesellschaft**. Allenthalben wird die Klage um den Verlust der Werte in unserer Gesellschaft geführt und dabei der Wert der christlichen Werte von Toleranz, Nächstenliebe und einem Horizont, der über den Augenblick hinausgeht, immer wieder betont. Andererseits boomt der esoterische Markt, was als Symptom gewertet werden mag, dass die Sehnsucht auch der heutigen Menschen nach Spiritualität keinesfalls abgenommen hat. In dieser Situation ist Radio Paradiso ein Versuch, die vielen zu erreichen, die der Kirche fernstehen, sich aber ein wenig dieser religiösen Sehnsucht bewahrt haben. Hier bietet ein eigenes Hörfunkprogramm viel weitreichendere Möglichkeiten, als die Belieferung anderer Programme (öffentlich-rechtliche oder private) mit Beiträgen. Ein eigener Sender kann Menschen rund um die Uhr begleiten und die stärker verkündigenden Elemente sind integraler Bestandteil des Programms und kein Fremdkörper.

Der konziliare Prozess von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöp-

fung wird darüber hinaus im Programm von Radio Paradiso täglich ins Alltägliche übersetzt. Die Bewahrung der Schöpfung spiegelt sich etwa in regelmäßigen Umwelttips und Diskussions-sendungen wieder – Frieden und Gerechtigkeit weisen auf die politische Dimension allen menschlichen Handelns hin. Derzeit bietet besonders die stündliche „**Gute Nachricht des Tages**“ einen Gegenpol zu den von Katastrophen dominierten Standard-Nachrichten der anderen Sender.

Wie es weitergeht

Der Erfolg in Berlin hat nun auch in anderen Regionen Deutschlands kirchliche Kreise aufmerksam werden lassen. Nachdem Radio Paradiso in der Anfangszeit auch innerkirchlich nicht unumstritten war, haben sich hier die Wogen geglättet und damit auch den Weg für eine **Expansion** freigemacht. Lizenzanträge in Sachsen und im Berliner Umland, in Brandenburg, sind gestellt. In diesem Jahr wird in Baden-Württemberg mit der Ausschreibung von Fre-

quenzen in Stuttgart gerechnet. An der bereits gegründeten Radio Paradiso Baden-Württemberg KG sind auch die württembergische Landeskirche und der Evangeliums Rundfunk beteiligt.

Einige Informationen

Radio Paradiso ist zu empfangen:
 – in Berlin auf UKW 98,2
 – im Kabel in Berlin und Brandenburg, Frequenzen auf Anfrage
 – weltweit per internet unter www.paradiso.de
 – Die Aufschaltung auf Eutelsat ist für März 02 geplant.

Neben Institutionen können auch engagierte Einzelpersonen Kommanditistenanteile an der Radio Paradiso GmbH & Co KG erwerben. Informationen können unter 030/8050080 angefordert werden.

Anm.:

Matthias Gülzow, Dipl.-Psych., ist Geschäftsführer und Programm- direktor von Radio Paradiso

„Gute Nachrichten“ über Fernsehen, Internet und Radio Evangeliums-Rundfunk verbreitet christliche Botschaft über die Medien

Friedrich-Oliver Jeske

„ERF – Gute Nachrichten“ steht auf dem Logo des christlichen Medienunternehmens „Evangeliums-Rundfunk“ (ERF) in Wetzlar. Dieser Slogan beschreibt zugleich das Programm. **„Gute Nachrichten, besser, die gute Nachricht von Jesus Christus steht im Mittelpunkt unserer Arbeit“**, sagt ERF Direktor Jürgen Werth. Seit über 40 Jahren verbreitet der ERF als einer der ersten Privatsender Deutschlands die christliche Botschaft über die Medien, zunächst über Radio, dann zusätzlich über Fernsehen und Internet. Mit der Vielfalt journalistischer Stilmittel wollen die rund 190 Mitarbeiter das Motto des Senders umsetzen. Dabei finanziert sich

der **überkonfessionell** ausgerichtete ERF bei einem Jahresetat von etwa 27 Millionen Mark ausschließlich aus Spenden seiner Freunde. Seit Mitte 2001 besteht außerdem eine ERF Stiftung, die die „Förderung des geistlichen und kulturellen Lebens, sowie sozialer und diakonischer Belange durch Medienarbeit und die Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus durch Wort und Bild“ zur Aufgabe hat.

Zwei Radioprogramme „ERF1“ und „ERF 2“ werden rund um die Uhr über den Satelliten Astra europaweit ausgestrahlt auf der Frequenz 10,906 GHz vertikal (unter dem TV-Sender HSE), auf den Tonunterträgern 7,38 MHz (ERF 1) und 7,56 MHz (ERF 2). Ferner



sendet der ERF täglich 19 Stunden Programm über den ehemaligen Deutschlandfunk-Mittelwellensender Mainflingen bei Hanau auf der Frequenz 1539 kHz. Auch in Kabelnetzen in Baden-Württemberg, Bayern, sowie in Thüringen und Sachsen werden ERF Programme eingespeist. Die Hörfunkprogramme gibt es auch im Internet (www.erf.de), sowie ausgewählte Sendungen über Mittel- und Kurzwelle von Radio Monte Carlo (Monaco). Das Hörfunkprogramm bietet eine breite Palette von Sendungen, von der **Gottesdienstübertragung** über Hörspiele, Reportagen, Musiksendungen, Features bis hin zu Magazinen und Liveprogrammen mit Hörerbeteiligung. Über 1.400 Verkündiger arbeiten ehrenamtlich am Programm mit. In Berlin liefert eine ERF Redaktion täglich Beiträge zum Programm des Privatsenders „Hundert,6“.

„**Hof mit Himmel**“ nennt sich die wöchentlich produzierte halbe Stunde Fernsehprogramm. Diese **christliche Talksendung** greift Lebenshilfe-Themen und aktuelle Ereignisse auf, um Zuschauern Orientierung in Alltagsfragen zu bieten. Ausgestrahlt wird „Hof mit Himmel“ im Programm von B.TV über den Satelliten Astra, sowie bei NBC Europe samstags und sonntags überregional im Kabel. Zusätzlich werden die Fernsehsendungen auch noch von rund 40 regionalen Kabelsendern –

auch in Berlin – verbreitet. Außerdem sind die ERF Sendungen im Internet unter „www.live-tv.net“ empfangbar. Eine Datenbank bietet zudem eine Auswahl von Beiträgen, die rund um die Uhr abrufbar sind.

Im Internet werden nicht nur die Radio- und Fernsehangebote präsentiert, sondern zahlreiche Zusatzinformationen, internationale Kontakte und Serviceangebote. In Zukunft soll das Internet eine noch stärkere Rolle für das Medienunternehmen spielen.

Der ERF verfügt über eine Seelsorgeabteilung

Der 1959 gegründete Evangeliums-Rundfunk ist seit 1961 auf Sendung und bietet Programme mit christlicher Lebenshilfe. Dabei steht der Sender im regem Kontakt zu seinen Hörern, Zuschauern und Internet-Nutzern. Nach einer Emnid-Umfrage kennen den ERF in Deutschland 6,58 Millionen Menschen. Davon schalten 2,2 Millionen mindestens einmal im Monat ein ERF Programm ein. Der Hörserservice wird groß geschrieben: Um die Anfragen zu theologischen und ethischen Themen, sowie zu praktischer Lebenshilfe zu bewältigen, unterhält der Sender einen eigenen Service mit zehn Mitarbeitern, die **Seelsorgeabteilung**. Sie berät nicht nur in persönlichen Schwierigkeiten, sondern stellt aus den Anfragen Sendungen



zusammen und vermittelt persönliche Kontakte zu rund 1.700 Pastoren, Psychologen, Medizinern und anderen Fachleuten. Im Jahr 2000 erreichten den ERF 7.415 seelsorgerliche Anfragen, davon eine wachsende Zahl per E-Mail.

Nicht nur Sendungen in deutscher Sprache werden vom ERF verbreitet. Im Ausland beteiligt er sich finanziell an Sendungen in 23 Sprachen. Im deutschsprachigen Raum verantwortet der ERF neun fremdsprachige Hörfunkprogramme.

In einer Auflage von 150.000 Exemplaren geht die monatliche Programm-Zeitschrift ANTENNE ins Land. Die ANTENNE gibt es für 2,50 EURO pro Jahr beim Evangeliums-Rundfunk, 35573 Wetzlar, Telefon 064 41-957-0, Telefax 064 41-957-120, E-Mail: erf@erf.de, Internet: www.erf.de.

Anm.:

Friedrich-Oliver Jeske ist Redakteur des ERF Hauptstadtstudios für Berlin und Brandenburg.

„Offene Kirche – Treten Sie ein!“

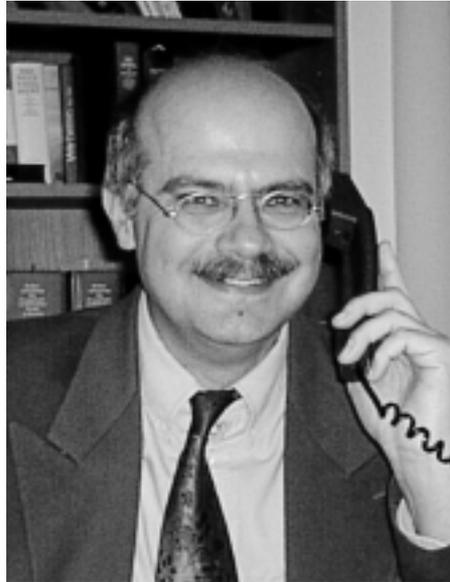
Eine Initiative im Kirchenkreis Nürnberg

Dr. Karl-Heinz Röhlhlin

Weit geöffnet ist das Hauptportal der Nürnberger Lorenzkirche. Ein breiter roter Teppich ist ausgerollt, von der Fußgängerzone bis hinein in die Kirche. Hoch über der Kirchentür, befestigt an zwei Fahnenstangen, ein großes Transparent mit der Einladung „Treten Sie ein!“. Vor der Kirche eine Bühne. Flotte Musik und Talksequenzen wechseln sich ab, Interviews mit Prominenten wie Helmut Hack, dem Präsidenten von Greuther Fürth, mit Renate Schmidt und dem bayerischen Landesbischof Dr. Friedrich, dazwischen kurze Auftritte des Fürther Kabarettisten Volker Heißmann. Auf dem belebten Vorplatz der Kirche stehen Bistrotische und laden ein zum Gespräch mit Nürnberger Pfarrerinnen und Pfarrern. Viele Passanten lassen sich an diesem Freitag Nachmittag anlocken, bleiben stehen und hören zu, wollen mehr erfahren über diese ungewöhnliche Aktion, machen einen neugierigen Abstecher in die Lorenzkirche.

Dieses Bild von der zentralen Auftaktveranstaltung steht für eine offene und einladende Kirche. „Offene Kirche – Treten Sie ein!“, das war das Leitmotiv für eine Initiative zur Kirchenmitgliedschaft, die im Oktober 2001 im Kirchenkreis Nürnberg durchgeführt wurde. Sie wurde möglich im Rahmen der Kommunikationsinitiative der bayerischen Landeskirche und wurde in Zusammenarbeit mit einer Agentur entwickelt.

„Offene Kirche – Treten Sie ein!“ war dabei in einem dreifachen Sinn gemeint. **Erstens:** Wenn Sie noch nicht oder nicht mehr Mitglied der Evangelischen Kirche sind, treten Sie ein in die Kirche; werden Sie Mitglied. **Zweitens:** Entdecken Sie neu „Ihre“ Kirche vor Ort. Treten Sie ein in den offenen Kirchenraum. Suchen Sie die Stille vor



Es gelang, zur Gruppe der Ausgetretenen Kontakte zu knüpfen.

Gott. Entdecken Sie die heilsame Kraft des Glaubens. Drittens: Treten Sie ein für Ihren Glauben, bezeugen Sie ihn durch Wort und Tat. Eben dieser inhaltliche Aspekt, „Wofür Protestanten eintreten“, war Thema bei den zentralen Reformationsfeiern am 31. Oktober zum Abschluss der Initiative.

Warum diese Initiative?

Als sich Anfang 1999 eine Projektgruppe im Kirchenkreis Nürnberg etablierte, stand noch allein das Thema **Kircheneintritt im Mittelpunkt der Initiative**. Den Hintergrund bildeten die jährlich rund 3.000 Kirchaustritte im Kirchenkreis – die Zahl sank leicht zwischen 1996 und 1999 von 3.163 auf 2.936 –, denen rund 800 Kircheneintritte pro Jahr gegenüberstehen (1996 wurden 781, 1999 wurden 816 Menschen in die evangelische Kirche aufgenommen). Im Verlauf der Planung entwickelte sich dann aus einer reinen Kircheneintritts-Aktion eine **umfassende Kommunikationskampagne** mit drei Bausteinen, die sich gegenseitig ergänzen sollten. Baustein 1 war dem Kon-

takt mit Ausgetretenen gewidmet, Baustein 2 sollte vor Ort in den Gemeinden rund um die „Offenen Kirchen“ gestaltet werden, Baustein 3 bildete eine Medienaktion.

Die Bausteine der Initiative

1. Baustein:

Kontakt mit Ausgetretenen

Anfang Oktober wurden 10.000 Ausgetretene von mir angeschrieben und eingeladen, das Gespräch mit der Kirche wieder aufzunehmen. Die Daten dafür hatte das Kirchensteueramt zur Verfügung gestellt, die Pfarrämter haben die Adressen überprüft. Der Brief enthielt einen Hinweis auf eine gebührenfreie **Telefon-Hotline**. Die war täglich von 9-22 Uhr mit Mitarbeitenden des Kirchenkreises besetzt und bot u.a. Informationen zum Kircheneintritt und zu Fragen rund um Glauben und Kirche. Zusätzlich wurden etwa 15% der Angeschriebenen noch ein bis zwei Wochen nach Versenden des Briefes von geschulten Mitarbeitern in einer **zentralen Telefonaktion** direkt angerufen.

2. Baustein: Offene Kirchen

Knapp 200 Gemeinden im Kirchenkreis Nürnberg, zwischen Neustadt/Aisch im Westen und Hersbruck im Osten, zwischen Gräfenberg im Norden und Eichstätt im Süden, machten bei der Initiative mit. Die Beteiligung der Gemeinden lag damit bei über 70%. Die meisten Gemeinden öffneten ihre Kirchen tagsüber, in vielen Kirchen waren zeitweilig auch Mitarbeiter als Ansprechpartner zugegen. Sie boten darüber hinaus Kirchenführungen an und brachten dabei den Glauben ins Gespräch. In den offenen Kirchen hingen einheitlich gestaltete Informationstafeln aus zu den Themen Taufe, Gebet, Gottesdienst, Kirchenmitgliedschaft und zur örtlichen Gemeinde. In einer Gebetsecke konnte eine Kerze angezündet werden. Auch ein Gästebuch lag aus.

Außerdem fanden zwischen dem 6. und 31. Oktober im Rahmen der Initiative im Kirchenkreis über **500 Veranstaltungen** statt. Ein umfangreicher Veranstaltungskalender war erstellt

worden und lag in Kirchen, Gemeindegäusern und öffentlichen Einrichtungen aus. Die Veranstaltungspalette reichte von kirchenmusikalischen Veranstaltungen zum Zuhören und Mitmachen, über Ausstellungen bis hin zu meditativen Angeboten und besonderen Gottesdiensten. In Erlangen luden alle Kirchengemeinden ein zu einer gemeinsamen „Nacht der Kirchen“, in Altdorf fanden Wanderungen zu den alten fränkischen Dorfkirchen großen Anklang, Fürth lud zum Kabarettgottesdienst und in Schwabach fanden einen Monat lang sämtliche Gemeindeveranstaltungen vom Konfirmandenunterricht bis zur Chorprobe öffentlich in der Stadtkirche statt. **Gerade Veranstaltungen mit Erlebnischarakter und kommunikativen Angeboten in ungezwungener Atmosphäre waren gut besucht.**

3. Baustein: Medienaktion

Öffentlich wahrgenommen wurde „Treten Sie ein!“ v.a. durch **Plakate**, die im Oktober an kirchlichen, wie öffentlichen Flächen aushingen. Die Plakatserie bestand aus fünf Motiven in einheitlicher violetter Farbgebung und Gestaltung. Die Slogans boten **zentrale Aussagen zur Kompetenz der evangelischen Kirche**: „Hier ... krieg' ich Kraft“, „Hier ... öffnen sich Welten“, „Hier ... hört mir jemand zu“, „Hier ... setz' ich mich ein“ und „Hier ... finde ich Freunde“. Daneben klebten die Dekanate Nürnberg, Erlangen und Fürth zusätzlich Plakate mit Prominenten, etwa der Schwimweltmeisterin Hannah Stockbauer („Hier ... tauch ich auf“), einem bekannten Nürnberger Gastronom („Hier ... bin ich gerne Gast“) oder dem Windsbacher Knabenchor („Hier ... klingt's himmlisch“). Eine **Internetseite**, kurze **Radio-Spots**, sowie die breite **Berichterstattung v.a. in den Printmedien** unterstützten die öffentliche Wahrnehmung der Initiative.

Erfahrungen und Ergebnisse

Die Ideen und das Engagement von Haupt- und Ehrenamtlichen waren begeisternd. Weit über 1000 Ehrenamtliche und viele Pfarrerinnen und Pfarrer haben die Initiative unterstützt und mitgetragen. Die konstruktive Zusam-

menarbeit der verschiedenen Personen, Dekanate und Dienststellen, vom Amt für Gemeindedienst über das Kirchensteueramt und die Gemeindeakademie, bis hin zum Landeskirchenamt, die alle ihren wertvollen Beitrag für das Gelingen des Projekts geleistet haben, war eine ermutigende Erfahrung.

Resonanz bei Ausgetretenen

Es gelang, zur Gruppe der Ausgetretenen Kontakte zu knüpfen. An der Hotline fanden 300 Gespräche statt, ganz überwiegend mit Ausgetretenen. Bei knapp 100 Gesprächen stand die Frage nach dem Wiedereintritt im Vordergrund. In diesen Fällen wurde ein direkter Kontakt zum zuständigen Pfarramt vermittelt. Zusätzlich gingen im Büro des Regionalbischofs bis in den Januar hinein ca. 70 oft ausführliche Antwortbriefe, Faxe und E-Mails ein. Alle wurden persönlich beantwortet, aus manchem Briefwechsel resultierten auch persönliche Begegnungen.

Über die Telefonaktion wurden gut 600 Gespräche mit Ausgetretenen geführt. Ca. ein Drittel der Angerufenen reagierte aufgeschlossen. Das Bedürfnis, Kritik und Austrittsgründe darzulegen, war insgesamt groß. Aus all diesen Kontakten wurde v.a. dies deutlich: Viele Ausgetretene sind Enttäuschte, die Suchende geblieben sind.

Auswirkung auf Ein- und Austritte

Mit viel Spannung wurde die Auswirkung der Initiative auf die Kirchenein- und Austrittszahlen erwartet. Im Februar 2002 legte das Kirchensteueramt eine erste Bilanz vor. Ihr Ergebnis: **Die Kircheneintritte waren im Zeitraum von Oktober 2001 bis Januar 2002 um 48 % angestiegen.**

In absoluten Zahlen wurden knapp 100 zusätzliche Eintritte verbucht. Besonders überraschend war, dass die Initiative offenbar auch Austrittsbereite in der Kirche gehalten hat. Die Kirchenaustritte sind im selben Zeitraum um 13% gegenüber dem Vorjahr gesunken, d.h. in vier Monaten kehrten etwa 200 Menschen weniger als im Vorjahr der Kirche den Rücken. Allerdings könnte dafür auch die veränderte Gefühlslage nach

den Terroranschlägen im September und während des Afghanistankrieges eine Rolle gespielt haben.

Auffällig ist, dass im Aktionsmonat Oktober die Austritte um einige Prozentpunkte höher lagen als in allen Vorjahren. Offensichtlich hatte ein absichtlich zeitgleich mit der Initiative gestarteter Aufruf des Bunds für Geistesfreiheit, der mit finanziellen Argumenten zum Kirchenaustritt riet, hier eine kurzfristige Wirkung.

Dass die insgesamt positive Bilanz keine zufällige statistische Schwankung darstellt, zeigt der Vergleich mit Durchschnittszahlen der letzten fünf Jahre. Auch hier erweist sich ein deutliches Plus an Eintritten und ein respektables Minus an Austritten. Die Zahlen belegen: Kirchenaustritt ist kein Schicksal, die Kirchen können etwas dagegen tun.

Innerkirchliche Resonanz

Die Resonanz aus den teilnehmenden Gemeinden war überwiegend positiv. Ein Pfarrer berichtet: **„Die Aktion insgesamt hat unsere Kerngemeinde gestärkt. Das Gemeindeleben ist durch sie bewusster geworden und durch manche Neuerung angeregt worden.“**

Ein anderer bilanziert: „Für uns hat das gute Miteinander vieler sehr verschiedener Gemeindeglieder bei der Vorbereitung schon einen hohen Wert an sich gehabt.“ Neben diesen positiven Innenwirkungen gab es auch Enttäuschung, weil die Wirkungen der eigenen Anstrengungen nicht unmittelbar erfahrbar waren. „Der Aufwand war hoch. Der Effekt war äußerst gering.“

Gute Erfahrungen wurden insbesondere mit den geöffneten Kirchen gemacht. Viele Gemeinden planen, ihre Kirchen nun auch weiterhin tagsüber geöffnet zu halten. Die Veranstaltungen im Rahmen der Initiative hatten pro Gemeinde durchschnittlich 400 Leute angesprochen, insgesamt haben hochgerechnet ca. 75.000 Menschen teilgenommen. Allerdings lag der Anteil der über die örtlichen Angebote erreichten Nichtmitglieder und kirchlich Distanzierten nur bei etwa 10%.

Wirkung in Medien und Öffentlichkeit

In der Öffentlichkeit fand die Initiative ein überwiegend positives Echo. Die Plakate wurden beachtet und immer wieder in Gesprächen auch als Anknüpfungspunkt genommen, um über Erfahrungen mit Kirche zu reden. Das Plakatmotiv mit Schwimmstar Hannah Stockbauer ist gar zum begehrten Fan-Artikel geworden. Auch die Medienresonanz war beachtlich.

Regional- und Lokalzeitungen berichteten in etwa 100 Artikeln z.T. ausführlich. Der Hörfunk brachte über 40 und das Regionalfernsehen vier Beiträge. Aus vielen anderen Landeskirchen sind inzwischen Anfragen und Bitten um Informationen und Materialien zur Initiative eingegangen.

Kritische Anfragen

Immer wieder wurden aber auch von innerkirchlicher Seite theologische Vorbehalte formuliert. Darf Kirche so auf sich aufmerksam machen? Darf sie um Wieder-Eintritte werben? Die Fragen weisen hin auf ein Grundproblem des Protestantismus, nämlich sein Verhältnis zur Institution Kirche.

Wir waren der Meinung, dass zu den Glaubensinhalten, für die unsere Kirche steht, auch die Frage der Gemeinschaft und der Mitgliedschaft treten soll. Wir wollen nicht auseinanderreißen, was zusammengehört. Zentral initiierte Aktionen sind das eine, die täglichen, vielfältigen Angebote der Gemeinden das andere.

Auf diese Fülle gemeindlicher Aktivitäten vor Ort hat die Initiative konsequent hingewiesen. Wir verstehen Kirche – auch in ihrer sichtbaren Gestalt – und ihre Botschaft nicht als zwei verschiedene Bereiche, sondern als sich gegenseitig durchdringende Größen. Kirchenmitgliedschaft als theologisches Problem, die seelsorgerliche Begleitung von Ausgetretenen, das sind Fragen, die uns weiter beschäftigen werden.

Anm.:

Dr. Karl-Heinz Röhlin, Regionalbischof im Kirchenkreis Nürnberg

Evangelisches Leserforum

Michael W. Blumenthal,
Die unsichtbare Mauer,
DTV, 2000, 520 Seiten, 12,50 €,
ISBN: 3423307889

Paul Spiegel,
Wieder zu Hause? Erinnerungen,
Ullstein Berlin Quadriga, 2001,
295 Seiten, 19,90 €,
ISBN: 3898340414

Unzerstörbare Zuversicht

Zwei Bücher jüdischer Zeitgenossen, die zugleich Zeitzeugen sind, haben mich besonders beeindruckt: Der Direktor des Jüdischen Museums Michael Blumenthal, aus Oranienburg stammend, hat unter dem Titel „Die unsichtbare Mauer“ in einer ebenso einfühlsamen wie eindrücklichen Weise die Geschichte seiner Familie beschrieben; und Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat mit erstaunlicher Prägnanz und Präsenz seinen eigenen Lebensweg dargestellt. „Wieder zu Hause?“ heißt der Titel dieser Erinnerungen, deren schriftliche Fassung der Mitwirkung von Rafael Seligmann zu danken ist.

Blumenthals Buch stellt am Weg einer jüdischen Familie, die in Preußen ansässig wurde, den Beitrag vor Augen, den das Judentum zur wirtschaftlichen Entwicklung und geistigen Entfaltung Preußen-Deutschlands geleistet hat; durch die schlichte Darstellung von Geschichte brennt es dem Leser den abgründigen Kulturbruch in Seele und Gewissen, den der Mord am deutschen und europäischen Judentum darstellt. Dass der Verfasser des Buches selbst zu einem Brückenbauer über diesen Abgrund geworden ist, gehört zu den unerwartbaren Hoffnungszeichen unserer Zeit.

Spiegels Erinnerungen veranschaulichen die eigentümliche Kraft, mit der jüdische Deutsche sich über die Jahrhunderte mit ihrer Heimat verbunden wussten; aus dieser Kraft heraus hielten manche von ihnen allen Demütigungen und Misshandlungen zum Trotz an dieser Heimat fest. Die



Familie von Paul Spiegel blieb der Verwurzelung im westfälischen Warendorf treu – auch nach der Zeit von Entrechtung, Vertreibung und Mord, unter der sie, wie die allermeisten jüdischen Familien, unmittelbar zu leiden hatte. Erschütternd sind die Schilderungen über die Flucht aus Warendorf, das lebensgefährliche Brüsseler Exil, die Verschleppung des Vaters in das Konzentrationslager in Gurs und den Tod der Schwester, über den erst nach Jahrzehnten letzte Klarheit entstand. Und dennoch entschloss sich die Familie zur Rückkehr nach Deutschland. Das ist einer der wenigen Zusammenhänge, in denen Spiegel ausdrücklich über religiöse Motive Auskunft gibt: „Ich habe die Zuversicht nie begraben – vielleicht ist dieser unzerstörbare Optimismus neben Glauben und Humor die wichtigste Kraft, die das Judentum über Jahrtausende Verfolgungen und Leid überstehen ließ.“

Wie andere aus der Holocaust-Generation vor ihm, so hat auch Paul Spiegel einen großen Teil seiner Lebensarbeit der Aufgabe gewidmet, dass aus den zurückgekehrten „Juden in Deutschland“ allmählich wieder „deutsche Juden“ werden konnten. In seinem Fall vollzog sich das in einer beruflichen Entwicklung, die aus dem Journalisten schließlich den Inhaber einer Künstleragentur werden ließ. Nahezu alle freie Zeit aber widmete der Familienvater der Arbeit in der jüdischen Gemeinde Düsseldorf, sowie den überregionalen Verpflichtungen in der jüdischen Gemeinschaft. Das Buch schildert deren Weg am Beispiel der Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland seit Mitte der sechziger Jahre: Werner Nach-

mann, Heinz Galinski, Ignatz Bubis.

Unter ihnen spielt Ignatz Bubis eine besondere Rolle, den Spiegel als seinen großen Förderer bezeichnet. Der Tod von Bubis im Jahr 1999 ließ Spiegel plötzlich in das Rampenlicht des öffentlichen Interesses treten. Erstaunlich ist, wie schnell der neue Vorsitzende des Zentralrats sich seinen eigenen Platz erobert und dem Amt seine eigene Prägung gegeben hat. Die mutige, deshalb auch umstrittene Rede vor dem Brandenburger Tor am 9. November 2000 hat dazu entscheidend beigetragen, die Spiegel nicht nur tausend unterstützende Briefe, sondern auch die Bezeichnung als „geistiger Brandstifter“ eingetragen hat.

Ausgelöst wurde dieser Vorwurf durch die Aufforderung an die Politiker, ihre populistische Sprache zu zügeln, das Gerede von einer deutschen Leitkultur zu unterlassen und stattdessen dem Bekennnis des Grundgesetzes zur unantastbaren Menschenwürde Geltung zu verschaffen. Als „geistige Brandstiftung“ kann diese Aufforderung freilich nur verstehen, wer sich durch sie in besonderer Weise getroffen fühlt.

Spiegels Rede vom 9. November 2000 ist übrigens der zweite Zusammenhang, in dem dieses Buch von „geistiger Brandstiftung“ redet. Denn zuvor – ist es schon vergessen? – hatte Ignatz Bubis dieses Wort verwendet. Das geschah in der Auseinandersetzung mit Martin Walsers Friedenspreis-Rede von 1998, in der Walser sich dagegen verwahrt hatte, dass Auschwitz als „Drohoutine, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel, Moralkeule“ oder auch nur als „Pflichtübung“ missbraucht werde. Es war die letzte große Furcht von Bubis, dass eine solche Haltung gegenüber der Geschichte in Deutschland „salonfähig“ werden könne. Aber sie war es schon.

Wieder zu Hause? Das Fragezeichen bleibt. Dank gebührt denen, die in „unzerstörbarer Zuversicht“ als Juden daran festhalten, dass Deutschland ihre Heimat ist. Paul Spiegel gehört dazu.

Anm.:

Prof. Dr. Wolfgang Huber ist Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg.

Nathan P. Levinson/ Frauke Büchner, 77 Fragen zwischen Juden und Christen, 216 Seiten, Studienbuch Religionsunterricht 7, Göttingen 2001

Die jüdischen Gemeinden in Deutschland wachsen durch Einwanderung stark an. Zwischen 1990 und 2001 hat sich ihre Mitgliederzahl bald verdreifacht. Z. Zt. gehören ihnen ungefähr 90.000 Mitglieder an, doch rechnet das American Jewish Yearbook damit, dass die Gemeinden bis 2020 auf circa 126.000 Mitglieder anwachsen. Mit dem Wachstum der Gemeinden differenzieren sich die Möglichkeiten, jüdisch zu sein, aus.

Sowohl Orthodoxie, wie Konservatives und Reformjudentum treten als Alternativen ins Bewusstsein. Aber wussten Sie, was Rekonstruktivisten sind? Über das Judentum und seine verschiedenen Konfessionen unterrichtet nun ein Schulbuch für den Ev. Religionsunterricht an der gymnasialen Oberstufe. Der ehemalige Landesrabbiner für Baden, Nathan Peter Levinson, und die evangelische Religionspädagogin Frauke Büchner haben diese Einführung verfasst.

Anhand ausgewählter Themen in zwölf Kapiteln wird der Leser in die Vielfalt jüdisch religiösen Denkens eingeführt. Mittels 77 Fragen erschließen die Autoren jüdische Geschichte und Gegenwart für das Gespräch zwischen Christen und Juden. Jedes Kapitel und jede Frage können für sich gelesen werden. Querverweise innerhalb des Buches erschließen thematische Zusammenhänge. Beigegebene Arbeitsaufgaben regen zu Reflexion und Verstehen an. So lernt der Leser in einem Abschnitt die jüdischen Religionsgruppen kennen und hat nun die Aufgabe, womöglich die Konfession der örtlichen Synagogengemeinde herauszufinden. Jedes Kapitel beginnt mit einer Vorstellung der zu behandelnden Fragen. Die Abschnitte mit den Fragen sind so aufgebaut, dass sie mit einem Text von Levinson zur Grundinformation eröffnet werden. Es schließen sich zentrale Texte aus der Tradition oder Auslegungen an. Am äußeren Seitenrand sind Erläuterungen zur Illustration und Vertiefung beigegeben.

Zu Beginn des Buches werden häufige Hindernisse des christlich-jüdischen Gesprächs, wie "Fehlt dem Judentum die Nächstenliebe?", aber auch aus Scham nicht gestellte Fragen, wie "Werden die Juden den Deutschen jemals vergeben?" besprochen.

Die folgenden Kapitel vermitteln Grundkenntnisse in Lehre, Ethik und Frömmigkeit, wobei auch das synagogale Jahr und das Verhalten im Gottesdienst – "Warum führen manche Juden beim Gebet rhythmische Bewegungen aus?" – behandelt werden. Auch werden ethisch brisante Themen, wie Leihmutterchaft, Homosexualität oder Abtreibung dargestellt. Der Leser erfährt, dass das Judentum – im Gegensatz zur christlichen Religion – kein Verbot der Abtreibung kennt. Der Fötus wird nicht als eigene Person gesehen, sondern als Teil der Mutter. Aufgrund dieses anderen kulturell-religiösen Hintergrundes stößt die Embryonenforschung in Israel auf wenig Widerstand. Eine Konsequenz daraus war die Initiative des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Clement zur engeren Kooperation der Hochschulen Bonn und Haifa bezüglich der Forschung an embryonalen Stammzellen.

Die Haltung der jüdischen Religion zur Frage des Pazifismus dürfte Pazifisten zum Widerspruch reizen. "Es ist nirgendwo geboten, sich umbringen zu lassen; im Gegenteil die jüdische Tradition lehrt: >Wenn jemand aufsteht, dich zu erschlagen, dann komme ihm zuvor!<" (S. 172). Der geschichtliche Überblick reicht vom Makkabäerbuch, wo das Sabbatgebot zugunsten der Selbstverteidigung aufgehoben wird, bis in unsere Zeit.

Bei der Diskussion um die jüdische Messiaserwartung wäre allerdings eine Erwähnung der aktuellen Bewegung der Lubawitscher, die in dem 1995 in New York verstorbenen Rabbiner Schneerson den Messias sahen (American Jewish Yearbook 2000, p. 226 f), nützlich gewesen.

Das abschließende 11. Kapitel geht auf die jüdischen Antworten bezüglich der Fragen nach Tod und Ewigkeit ein. Dabei werden unkommentiert Positionen

der Chassidim angeführt, die die Reinkarnationslehre vertreten. Jede Seelenwanderungslehre läuft auf eine Rechtfertigung Gottes angesichts des Leidens hinaus. Die Möglichkeit der Theodizee weist Levinson aber ausdrücklich bei der 6. Frage des Buches "Welchen Sinn macht das Leiden der Juden?" zurück.

Die politische Anwendung der Reinkarnationslehre sorgte jedoch im August 2000 in Israel für einen Eklat, als der ehemalige sephardische Oberrabbiner Israels, Ovadia Josef, der geistige Mentor der Shas Partei, die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik als wiedergeborene Sünder bezeichnete. Eine sozialistische Vernichtungspolitik als wiedergeborene Sünder bezeichnete. Eine Aussage, die von Arno Lustiger als "blasphemische Ausgeburt klerikal-rassistischen Denkens" bewertet wurde (FAZ 8.8.2000). Die Verfasser sehen Judentum und Christentum als zwei Wege zu Gott. Doch zu einem Dialog gehört auch das Erdulden theologischer Differenzen. Christen haben jahrhundertlang Juden als sog. Christusmörder verfolgt.

Dies veranlasst die Verfasser, die juristische Schuldfrage am Tod des Jesus von Nazareth in den Mittelpunkt zu stellen. Nicht berücksichtigt wird, dass die Schuld am Tod des Religionsstifters in der lutherischen Dogmatik als Schuld eines jeden Menschen gedeutet wird: "Fast der ganze Nutzen des Leidens Christi liegt daran, dass der Mensch zur Erkenntnis seiner selbst komme und vor sich selbst erschrecke" (Martin Luther, Betrachtung des Leidens Christi, 1519). Auch die klassischen lutherischen Passionslieder, wie Paul Gerhards "Ein Lämmlein geht und trägt die Schuld der Welt" (EG 83) oder der Choral "Herzliebster Jesu" von Johann Hermann (EG 81) legen darauf ihren Schwerpunkt. Die Erwähnung dieses dogmatischen Punkts – und damit zugleich auch der theologischen Differenz – hätte die Schuld der Christen an den Judenverfolgungen auch theologisch stärker akzentuiert.

Ärgerlich ist aber der Beitrag der christlichen Theologin Frettlöh "Braucht Gott Opfer?". Sie erklärt "ein für alle Mal die Selbstaufopferung Jesu zum letzten Opfer im Namen Gottes"



Das Buch zum Jubiläum:

Die Erfolgsgeschichte des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU von Albrecht Martin und Gottfried Mehnert

Das Buch ist über die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, für 15 € incl. MwSt. und Versand erhältlich, kartoniert, 208 Seiten.



(S. 153). Allerdings stellte sie dieselbe Behauptung auch bezüglich der Opferung des Isaak auf: Gott "bestreitet damit ein für alle Mal auch jeder anderen Instanz das Recht, Menschenopfer zu fordern" (S. 152). Sowohl die Opferung Isaaks, wie der Tod Jesu, führen zu der gleichen Folgerung der letztmaligen Opferung, was nicht nur ein logischer Widerspruch ist. Es gehört zum Wesen einer letztmaligen Opferung, dass sie nicht mehrfach stattfindet.

Trotz dieser kritischen Bedenken ist dieses Studienbuch nicht nur für die gymnasiale Oberstufe, sondern auch für die Erwachsenenbildung oder allgemein für an der jüdischen Religion Interessierte sehr zu empfehlen. Es gibt solide Grundinformationen, vermittelt einen weiten Überblick und scheut sich nicht vor Fragen aus dem Alltag.

*Pfarrer Robert U. Giesecke,
EAK-Vorsitzender in Braunschweig*



Seit Dezember 2001 haben insgesamt 294 Leserinnen und Leser 10.955,40 EUR (=21.426,90 DM) für die Evangelische Verantwortung gespendet.

Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto:

Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:

Internet:

www.evangelischer-arbeitskreis.de

Aus unsere Arbeit

■ Braunschweig:

Im Beisein des stellvertretenden niedersächsischen EAK Landesvorsitzenden **Dirk Heuer** konnte vor kurzem für die CDU Kreisverbände Braunschweig und Helmstedt ein gemeinsamer Evangelischer Arbeitskreis gegründet bzw. wiedergegründet werden. Die Gründungsversammlung war mit einem Referat des Bundesgeschäftsführers **Dr. Bernhard Felmberg** über „Die Arbeit des EAK – Zielsetzungen und Positionen“ eröffnet worden. Zum 1. Vorsitzenden wurde **Pfarrer Robert U. Giesecke** und zum 2. Vorsitzenden **Dr. Bernhard Letz** gewählt. Der Gründung vorangegangen war ein Abend mit dem Vertreter der CDU/CSU Fraktion für die Gespräche mit den Kirchen, Herrn **Dr. Hermann Kues**, über „Christliche Werte und Politik“.

Mit Schwung plante der EAK Braunschweig-Helmstedt seine erste Veranstaltung, die eine erfreuliche Resonanz fand. Unter den Gästen konnte die stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig, Frau **Friederike Harlfinger**, und der ev.-luth. Propst, Herr **Armin Kraft**, begrüßt werden. Die Marburger Religionswissenschaftlerin Frau Prof. Dr. **Ursula Spuler-Stegemann** sprach zu dem Thema „Muslime in Deutschland“. Frau Spuler-Stegemann erläuterte, dass in Deutschland 3,2 Millionen Muslime lebten, von denen die Mehrheit Sunniten seien. Sie wurden von

Dachverbänden vertreten, deren Interessen oft zweifelhaft seien. So sei die größte islamische Organisation DITIB ein verlängerter Arm des türkischen Staates, während der Islamrat von der unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehenden Milli Görüs dominiert wurde. Für den Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime Elyas hingegen sei die Anerkennung der deutschen Verfassung eine Frage von Minderheit und Mehrheit. Wäre Deutschland mehrheitlich muslimisch, müsste die Scharia durchgesetzt werden. Die Referentin mahnte zur Vorsicht bei der aktiven Teilnahme von Geistlichen bei der Grundsteinlegung von Moscheen. So stellten Namen wie „Er-obereremoschee“ oder „Hagia-Sophia-Moschee“ den Sieg des Islam über das morgenländische Christentum heraus. Der religiöse Dialog sollte keine Einbahnstraße sein. So sei es ein Skandal, dass der deutsche evangelische Pfarrer in Ankara nur als Botschaftsangehöriger amtieren dürfe oder in Saudi-Arabien schon das Tragen eines Kreuzes verboten sei. Die Referentin hob hervor, dass die Mehrheit der Muslime in Deutschland integriert und nicht radikal sei. Sie forderte dazu auf, liberale Muslime zu Ansprechpartnern auf allen Ebenen zu machen. Es sei ein steiniger Weg bis zu einem wirklichen Dialog mit dem Islam. Für die Christen sehe sie in der Auseinandersetzung mit dem Islam die Chance, sich über den eigenen Glauben bewusster zu werden. Es schloss sich eine intensive Diskussion über Menschenrechte und Religionsfreiheit im Islam an.

■ Namibia – Wege der christlichen Mission

Gelsenkirchen: Unter Leitung des EAK-Kreisvorsitzenden **Gerhard Bajohr**, konnten der EAK und die FU des CDU-Kreisverbandes Gelsenkirchen mit Rechtsanwalt **W. Müller** einen Kenner Namibias begrüßen, der in seinem Diavortrag nicht nur die Naturschönheiten des Landes sondern auch die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme nahe bringen konnte. Aus historischer Verantwortung engagiert sich die evangelische Kirche für zahlreiche Projekte, die sozialschwache Bevölkerungsgruppen in Namibia unterstützen. Die Kirchengemeinde Gelsenkirchen-Bismarck unterhält z.B. eine Suppenküche in Okumbahe. Herr Müller erläuterte neben der missionarischen Arbeit der Kirche auch die besondere wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in Namibia. Neben dem landwirtschaftlichen Sektor und der Diamanten-Industrie zählte der Tourismus zu den wichtigsten Einnahmequellen des Landes.

■ Leben im Augustinum

Starnberg: Der Vorsitzende des Collegium Augustinum, **Pfarrer Markus Rückert**, berichtete auf Einladung des **Bezirksvorsitzenden des EAK Oberbayern, Rolf-Jürgen Picker**, über die Maximen der evangelischen Einrichtung und stellte sich der Diskussion über die Situation der älteren Menschen in Ge-

genwart und Zukunft. Unter dem Dach der Augustinum Gruppe sind bundesweit 44 Einrichtungen für ältere, kranke, behinderte Menschen vereint, die sich durch ihre anspruchsvollen Konzepte sozialer sowie medizinischer Arbeit auszeichnen. Als zentrales Problem der Senioren nannte **Pfarrer Rückert**, dass sie immer seltener ein intaktes Familienleben hätten und deswegen im Alter zunehmend vereinsamten. Das Zeitalter der Scheidungen komme jetzt bei den älteren Menschen zum Tragen. Viele hätten keine Familie mehr, die sich um sie kümmere. Bei fast einem Drittel der Bewohner im Augustinum lerne man die Verwandten erst nach dem Tod kennen. Die Potenziale der älteren Menschen seien in der heutigen Gesellschaft nicht mehr gefragt, so würden viele lange vor ihrem Tod einen „sozialen“ Tod erfahren.

Weiterhin wies **Pfarrer Rückert** darauf hin, dass sich das Alter verändert habe. Die Menschen würden älter und damit nehme die geistige Demenz rapide zu. Die Fortschritte in der Medizin hätten dazu geführt, dass alte Menschen nicht mehr einfach sterben dürften. Problematisch sei, dass wir unser Alter nicht mehr richtig planen und unsere Vorstellungen kurz nach der Rente aufhörten.

Weitere Informationen erhalten Sie unter folgender Adresse:
Augustinum GmbH
 Stiftsbogen 74
 81375 München
 Tel.: 089-70 98-0
 Fax.: 089-70 96-199
www.augustinum.de

Einladung zur 39. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 10. – 11. Mai 2002 in Würzburg

50 Jahre EAK – „Gerechtigkeit gestalten“

Freitag, 10. Mai 2002

- 14.00 Uhr Eröffnung der 39. Bundestagung im Franconia-Saal des Congress Centrum, Würzburg
Jochen Borchert, MdB, Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU
Grußwort Dr. Ingo Friedrich, Vizepräsident des EU-Parlaments, Vorsitzender des EAK der CSU
Grußwort Pia Beckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Würzburg
- 15.00 – 16.30 Uhr **3 Arbeitsgruppen zu den Themengebieten Familie, Bildung und Gesundheit**
1. Arbeitsgruppe „Gerechter Umgang mit Familien“
Referentin: Prof. Dr. Maria Böhmer, MdB, Vorsitzende der Frauen-Union der CDU
Moderation: Ilse Falk, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
2. Arbeitsgruppe „Ein gerechtes Gesundheitssystem“
Referent: Dr. Hans Geisler, MdL, Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
Moderation: Dieter Hackler, Bundesbeauftragter für den Zivildienst
3. Arbeitsgruppe „Bedingungen einer zukunftsgerechten Bildung“
Referent: Alois Glück, MdL, Fraktionsvorsitzender der CSU im Bayerischen Landtag
Moderation: Karin Wolff, MdL, Hessische Kultusministerin
- 17.00 – 18.30 Uhr **Öffentliche Kundgebung**
Dr. Edmund Stoiber, Bayerischer Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der CDU/CSU
„Gerechtigkeit als politische Herausforderung“
- 18.30 – 19.30 Uhr Abendessen
- 20.00 – 21.30 Uhr **Theologisches Abendgespräch im Congress Centrum**
„Spürsinn für Gerechtigkeitslücken?! – der Beitrag der Kirchen in der Gerechtigkeitsdiskussion“
Referenten: Bischof Prof. Dr. Wolfgang Huber, Ev. Kirche Berlin-Brandenburg,
Dr. Günther Beckstein, MdL, Bayerischer Staatsminister des Innern
Moderation: Dr. Ingo Friedrich, Stellvertretender CSU-Parteivorsitzender,
Vizepräsident des Europäischen Parlaments
- 21.45 Uhr **Empfang der Oberbürgermeisterin der Stadt Würzburg im Würzburger Rathaus**
(Die Einlasskarte zum Empfang der Oberbürgermeisterin erhalten Sie in Würzburg im Tagungsbüro mit den Tagungsunterlagen)

Samstag, 11. Mai 2002

- 8.30 – 9.15 Uhr **Gottesdienst in der St. Johanniskirche**, Dekan Dr. Breitenbach
- 10.00 – 11.30 Uhr Vortrag und Diskussion **„Steuergerechtigkeit in Deutschland“**
Referent: Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a. D.
- 11.45 – 13.00 Uhr Mittagessen
- 13.00 – 13.15 Uhr **Begrüßung** Jochen Borchert, MdB, Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU
- 13.15 – 14.30 Uhr **Öffentliche Kundgebung**
Peter Müller, Ministerpräsident des Saarlandes und Landesvorsitzender der CDU-Saar
„Unser Ziel – eine gerechte Gestaltung der Zuwanderung“
- 14.30 Uhr Schlusswort Jochen Borchert, MdB, Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Hotelvermittlung:

Congress & Tourismus Zentrale, Am Congress Centrum, 97070 Würzburg
Telefon 09 31-37 23 71, Telefax 09 31-37 36 52
E-Mail: tourismus@Wuerzburg.de, Internet: www.wuerzburg.de

Stichwort bei der Zimmerreservierung:

39. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Organisatorische Rückfragen an:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, Bundesgeschäftsstelle der CDU, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin
Tel.: 0 30-2 20 70-4 32, Fax: 0 30-2 20 70-4 36
E-mail: eak@cdu.de, Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de

Änderungen vorbehalten.

Antwortbogen

zur Verwendung im
oder als

Fensterumschlag

Faxformular

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefax: **0 30-2 2070-4 36**
E-mail: eak@cdu.de
www.evangelischer-arbeitskreis.de

Anmeldung



Hiermit melde ich mich für die 39. Bundestagung des EAK
vom 10. – 11. Mai 2002 in Würzburg an. Bitte ankreuzen:

Ich nehme an der

1. Arbeitsgruppe 2. Arbeitsgruppe 3. Arbeitsgruppe teil.

Meine Begleitung nimmt an der

1. Arbeitsgruppe 2. Arbeitsgruppe 3. Arbeitsgruppe teil.

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Telefon _____ E-mail _____

Begleitpersonen/Anzahl, Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

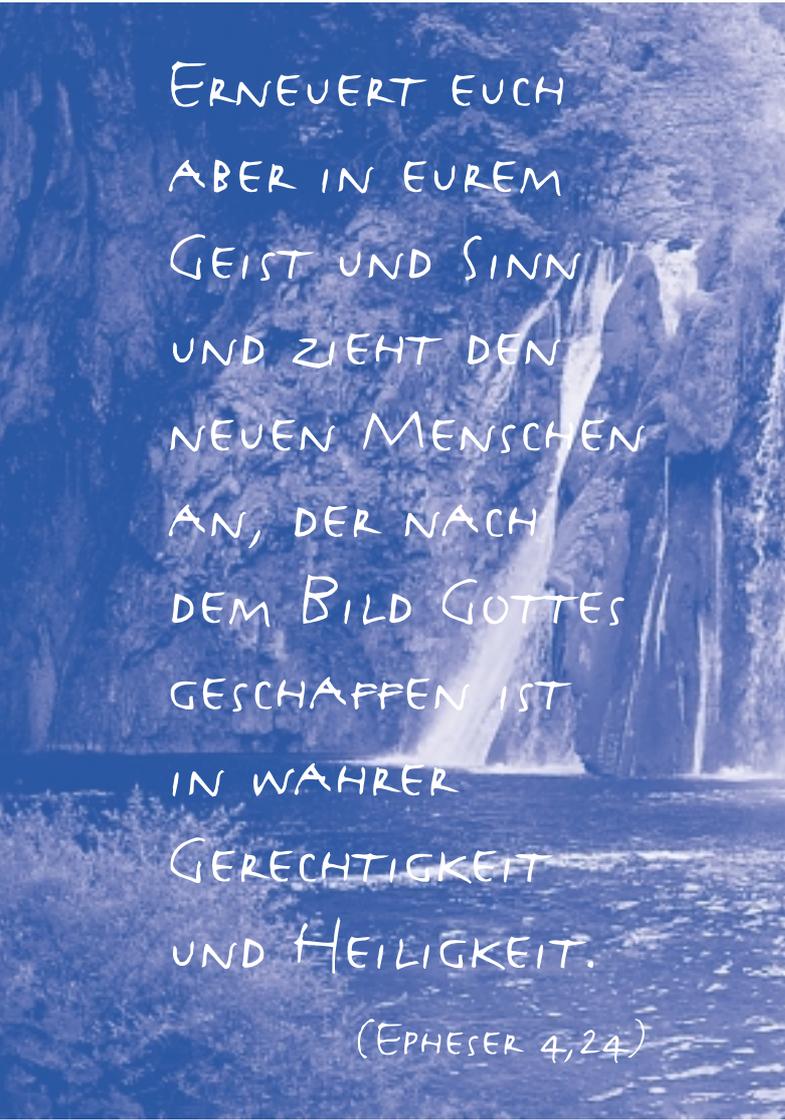
Telefon _____ E-mail _____

Mit der Überweisung des Tagungsbeitrags in Höhe von 15 € pro Person auf eines der folgenden Konten erhält
Ihre Anmeldung Verbindlichkeit: Postbank Köln, BLZ 370 10050, Konto-Nr. 112100500
Sparkasse Bonn, BLZ 38050000, Konto-Nr. 56267

Ist die Kapazitätsgrenze des Veranstaltungsorts erreicht, werden keine Anmeldungen mehr entgegengenommen.
Sollte Ihr Tagungsbeitrag in diesem Falle schon überwiesen sein, erhalten Sie ihn zurück.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Silke Adam, Dr. Bernhard Felmberg (V.i.S.d.P.), Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel.: (030) 22070-432, Fax: (030) 22070-436 · E-Mail: eak@cdu.de · www.evangelischer-arbeitskreis.de · Konto: EAK, Postbank Köln, (BLZ 370 10050) 112 100 500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei
Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931



ERNEUERT EUCH
ABER IN EUREM
GEIST UND SINN
UND ZIEHT DEN
NEUEN MENSCHEN
AN, DER NACH
DEM BILD GOTTES
GESCHAFFEN IST
IN WAHRER
GERECHTIGKEIT
UND HEILIGKEIT.

(EPHESER 4,24)

„Raus aus den Klamotten!“ So denke ich oft, wenn der Arbeitstag vorbeigeht, wenn eine Dienstreise überstanden ist, oder, wenn der Geruch vieler Räume am Abend an einem hängt. „Weg damit!“ Nicht nur in die Ecke, sondern am besten gleich dorthin, wo die Waschmaschine Veränderung des alten Zustandes verspricht, wo das Zerknitterte wieder weich, wo das Schmutzige sauber oder wo das Matte erneut glänzend wird. Der Wunsch ist: Die getragene Kleidung muss weg, die Zeit des Alten ist abgelaufen – Frische Kleidung, ja, das Neue tut Not!

Ich glaube, dieses Gefühl kennen wir! Sei es, dass wir hart gearbeitet, sei es, dass wir ausgiebig gefeiert haben. Doch bevor das Neue getragen wird, haben wir das Bedürfnis uns selbst zu waschen, damit das Neue darüber nicht von dem, was darunter ist beschmutzt wird. Wir wollen das Neue wirklich als neu empfinden können.

Gott möchte, dass wir unseren Geist und Sinn verändern, damit wir für das Anziehen des neuen Menschen wirklich bereit sind. Dieser neue Mensch lässt uns anders aussehen – vor uns selbst und vor anderen, denn er ist nach dem Bild Gottes geschaffen in wahrer Gerechtigkeit und Heiligkeit. Können wir denn wirklich so sein und so werden wie wir hier beschrieben werden? Ja, denn Gott selbst ist es, der uns als den neuen Menschen heiligt. Er erklärt uns für gerecht. Gott ist es, der uns Veränderung bringt – er bringt sie uns nahe, weil er uns anzieht.

Felmberg

Unsere Autoren:

Dr. Christoph Böhr, MdL
CDU Landesverband
Rheinland-Pfalz
Rheinallee 1a-d
55116 Mainz

98.2 Radio Paradiso
GmbH & Co KG
Matthias Gülzow
Am Kleinen Wannsee 5
14109 Berlin

Evangeliums-Rundfunk
Hauptstadtstudio
für Berlin-Brandenburg
Friedrich-Oliver Jeske
Düsseldorfer Str. 33
10707 Berlin

Regionalbischof
Oberkirchenrat
Dr. Karl-Heinz Röhl
Pirckheimerstr. 10
90408 Nürnberg

Bischof
Prof. Dr. Wolfgang Huber
Georgenkirchstr. 69/70
10249 Berlin

Robert U. Giesecke
Gartenstr. 8
38364 Schöningen